Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 Mk., bei Postbestellung 2 Mk. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 15 Pfg. Alle Postanstalten, Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Goldpfennig, die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 100 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennig. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Nossen.

Nr. 175. — 85. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden Postscheck: Dresden 2640 Donnerstag 29 Juli 1926

Der zaghafte Poincaré.

Man kann die stürmischen Szenen, mit denen die radikale Linke in der Französischen Kammer das Erscheinen des neuen Ministerpräsidenten „begrüßte", zu einem kleinen Teil verstehen, wenn man bedenkt, daß wirklich sehr verschiedene Gestalten auf der Ministerbank nebeneinandersaßen, der rechtsradikale Marin neben dem Radikalsozialisten Herriot und neben diesem wieder Briand, der von seinem Nachbarn erst vor 14 Tagen gestürzt worden ist. Es ist ein Anblick, wie ihn die Kammer wohl noch nie sah, es ist aber auch die offizielle Sprengung des Kartells der Linken, also jenes Blocks, der aus den Wahlen vom 11. Mai 1924 siegreich hervorgegangen war und der fast zwei Jahre hindurch für die französische Politik maßgebend gewesen ist. Aber seine maßgebenden Führer Briand, Painlevé und Herriot sitzen in diesem neuen Koalitionskabinett. Uns Deutsche interessieren ja an der ganzen Sache vor allem die außenpolitischen Folgen dieser parteipolitischen Umgruppierung; doch durch die Regierungserklärung Poincarés ist unsere Neugierde wirklich nicht befriedigt worden. Über die Außenpolitik hat Poincaré nämlich gar nichts gesagt, obwohl man doch schon ziemlich vor der Genfer Tagung und damit vor der Frage steht, ob das Verhältnis zu Deutschland anders gestaltet werden soll, als das in der Märztagung der Fall war.

Man kann auch nicht sagen, daß die innerpolitischen und finanziellen Ausführungen Poincarés sehr eingehend gewesen sind. In der Hauptsache ist man im Ministerium sich nur darüber einig, daß etwas geschehen müsse; weniger einig scheint man sich darüber zu sein, was zu geschehen hat. Das Wichtigste an Poincarés Rede ist zweifellos die Mitteilung, daß vorläufig überhaupt nur ein Teil der drängenden Aufgaben in Angriff genommen werden soll, nämlich die Balancierung des Etats, also die Auffüllung der leeren Staatskassen. Hier will man in der Hauptsache die Pläne Caillaux' wieder aufnehmen, der das größte Gewicht auf eine Erhöhung der indirekten Steuern legte und sich damit die Feindschaft der Linken zuzog. Poincaré beschwichtigte die Linke nun durch die Ankündigung, daß auch direkte Steuern als Ergänzung hinzutreten.

Man muß sich fragen, ob auf diesem Wege die angestrebte Balancierung des Haushaltes überhaupt erreicht werden kann, wenn nicht bei der Steuerfestsetzung und Erhebung sofort die Goldumrechnung eingeführt wird. Auch wir haben ja im August 1923 einen derartigen Versuch ohne Goldumrechnung gemacht und sind damit völlig hereingefallen. Dasselbe Schicksal kann auch die Steuerpläne Poincarés treffen, wenn er nicht dafür sorgt, daß der Frank wenigstens einigermaßen stabil bleibt; gerade aber bei einem scharfen Anziehen der Steuerschraube werden Kräfte entfesselt werden, die ein großes Interesse daran haben, durch ein Absinken des Franken die Steuerlast tragbarer zu machen, wenn man dem nicht durch die Goldumrechnung begegnet. Ein schüchterner Versuch, den Frank zu stabilisieren, kann man vielleicht in der Ankündigung Poincarés erblicken, einen Amortisationsfonds für gewisse kurzfristige Anleihen, nämlich die sogenannten Bons der nationalen Verteidigung, zu schaffen, aus dem dann diese nach und nach eingelöst werden sollen,

Ein sogenanntes Ermächtigungsgesetz zu erlangen, wie es Caillaux haben wollte, liegt offenbar nicht in der Absicht Poincarés, wohl, weil er glaubt, auch seinerseits auf einen unüberwindlichen Widerstand zu stoßen. Ob aber eine derart zaghafte Politik richtig ist, darf wohl einigermaßen bezweifelt werden; aber die ganze Zusammensetzung des Kabinetts überhaupt zwingt den Ministerpräsidenten stark zur Zurückhaltung. Er verlangt eigentlich einen Blankowechsel, ein Vertrauen, und dieser Wechsel ist ihm ja nun auch durch die Kammer ausgestellt worden, die ihm mit 358 gegen 131 Stimmen ihr Vertrauen aussprach. Noch weit stärker war die Mehrheit, die sich für eine sofortige Überweisung der vorgelegten Finanzgesetze an den Finanzausschuß der Kammer erklärte, also dem Wunsche der Regierung Folge leistete und die Erledigung der Finanzvorlage als besonders dringend bezeichnete.

Neben dem wiederholten Appell an die Einigkeit und die Energie der Deputiertenkammer selbst steht nun die Mahnung Poincarés an die Gläubigernationen Frankreichs, Geduld zu haben; man wolle seine Schulden zahlen, aber, so fügt Poincaré einschränkend hinzu, nach Maßgabe der zur Verfügung stehenden Mittel. Ob er damit in London und in Newyork gerade einen freundlichen Eindruck machen wird, darf man füglich bezweifeln. Der Frank ist schon wieder etwas heruntergegangen, weil man eben die Stabilisierung der Währung nicht energisch in die Hand nimmt.

Nun hat die Kammer das Kabinett in den Sattel gesetzt; ob es wird reiten können, wird es erst beweisen müssen.

*

Sechs Milliarden neuer Steuern.

Zusammenstöße bei Beamtendemonstrationen.

Das Steuerbukett, das Poincaré der Kammer überreicht hat, sieht insgesamt sechs Milliarden neuer Steuern voraus. Davon sind 3350 Millionen ausgesprochene Verbrauchs- und Verkehrsabgaben. Die Erhöhung der Steuern aus Getränken soll 600 Millionen, die erhöhten Transportabgaben 1500 Millionen, die Neuregelung der Automobilsteuer 170 Millionen und die Erhöhung der Umsatzsteuer 660 Millionen sowie die der Ausfuhrabgabe 420 Millionen Mehreinnahme bringen. Weitere 900 Millionen sollen durch eine 50%ige Erhöhung der Steuern aus Einnahmen aus mobilem Wertbesitz (Effekten, Zinsen, Dividenden, Tantiemen) gewonnen werden.

Bei Kundgebungen der Beamten und Staatsangestellten gegen die Hinausschiebung der Gehaltserhöhung kam es an verschiedenen Stellen in Paris zu Zusammenstößen zwischen Demonstranten und Polizei, wobei mehrere Demonstranten Verletzungen erlitten. Über 300 Demonstranten wurden verhaftet.

Arbeit für die Erwerbslosen.

Durchführung des Arbeitsbeschaffungsprogramms.

Kanalbauten. — Reichsbahnaufträge. — Landarbeiterwohnungen.

Die Verhandlungen über die Durchführung des Arbeitsbeschaffungsprogramms der Regierung sind jetzt in mehreren wesentlichen Punkten zu einem Abschluß gelangt. Die Wasserstraßenabteilung des Reichsverkehrsministeriums hat die Anweisungen zur verstärkten Durchführung der bereits begonnenen Kanalbauten herausgegeben. Für diese Zwecke sollen insgesamt 13½ Millionen Reichsmark mehr zur Verfügung gestellt werden, als im Haushalt vorgesehen war. Verwandt werden diese Mittel in der Hauptsache für Arbeiten am Kanal Hamm—Lippstadt, am Hohenzollernkanal, am Oder-Spree-Kanal und an der unteren Oder sowie für gewisse Arbeiten am Mittellandkanal; 1,2 Millionen Reichsmark sind für die Fertigstellung der Schleuse bei Anderten am Mittellandkanal bestimmt. Ferner haben sich Reich und Länder über die Ausführung der Reststrecke des Mittellandkanals von Peine bis Burg geeinigt. Gleichzeitig mit dem Hauptkanal soll auch der Südkanal in Angriff genommen werden.

Ebenso sind die Verhandlungen über die Reichsbahnaufträge zum Abschluß gekommen. Es werden Aufträge über insgesamt 120 Millionen Reichsmark vergeben, nachdem die Reichsbahnverwaltung zu dem vom Reiche zur Verfügung gestellten Betrag von 100 Millionen Reichsmark noch 20 Millionen Reichsmark aus eigenen Mitteln zur Elektrifizierung der Berliner Stadt- und Ringbahn aufwenden will. Von den 100 Millionen Reichsmark, die vom Reiche zur Verfügung gestellt worden sind, sind 20 Millionen Reichsmark ebenfalls für die Elektrifizierung der Berliner Stadt- und Ringbahn, 30 Millionen Reichsmark zur Erweiterung des beabsichtigten Gleisumbauprogramms, 5 Millionen Reichsmark zur Fortführung und Erweiterung des geplanten Programms der großen Bauten (Brückenumbauten, Erweiterung von Bahnhöfen, neue Werkstätten, Elektrisierung, Wohnbauten) und 35 Millionen Reichsmark zur Beschaffung von Werkstoffen und Ersatzstücken aller Art zur Verbesserung des Fahrzeugparks bestimmt. Die Aufträge sollen möglichst nach den Bezirken gelegt werden, die unter der Arbeitslosigkeit besonders zu leiden haben.

Endlich haben sich die zuständigen Ministerien des Reichs und Preußens inzwischen auch über die Art geeinigt, wie der verstärkte Bau von Landarbeiterwohnungen ausgeführt werden soll. Das Reich stellt für diesen Zweck im laufenden Rechnungsjahr einen Betrag von 30 Millionen Reichsmark zur Verfügung; auch die Aufbringung des Landesanteils ist als gesichert anzusehen. Beabsichtigt ist der Bau von 25 000 Landarbeiterwohnungen, von denen nach Möglichkeit 10 000 noch in diesem Haushaltsjahre erstellt werden sollen. Durch diese Beschaffung von Wohnungen, die für deutsche Landarbeiter geeignet sind, sollen zunächst vor allem die ausländischen Arbeiter entbehrlich gemacht werden, die auch im Winter in den deutschen landwirtschaftlichen Betrieben verbleiben.

*

Das Schicksal der Ausgesteuerten.

Über die Frage der besonderen Fürsorge für die Erwerbslosen, die die Höchstdauer in der Erwerbslosenfürsorge überschritten und deshalb keinen Anspruch mehr auf Erwerbslosenunterstützung haben, sagt eine offiziöse Erklärung:

Eine Verlängerung der Höchstdauer in der Erwerbslosenfürsorge über 52 Wochen hinaus kann nach Ansicht der Reichsregierung nur mit Zustimmung des Reichstages und nur in Form eines Gesetzes erfolgen. Der Reichstag hat vor seinem Auseinandergehen den Standpunkt der Reichsregierung akzeptiert; nach der Haltung, die er bei den Erörterungen über die Ausgesteuertenfrage eingenommen hat, legt er Wert darauf, bei einer endgültigen Regelung beteiligt zu werden.

Die Länder teilten in ihrer großen Mehrheit den Standpunkt der Reichsregierung, daß bis zu dieser endgültigen Regelung die Fürsorge für die Ausgesteuerten auch weiterhin Sache der allgemeinen Wohlfahrtspflege ist, der sie nach dem jetzigen Rechtszustand obliegt, daß aber den Bezirksfürsorgeverbänden unter bestimmten Voraussetzungen finanzielle Beihilfen gewährt werden müssen.

Im übrigen haben die Besprechungen bestätigt, daß die Frage der ausgesteuerten Erwerbslosen jetzt erst eine beschränkte zahlenmäßige Bedeutung hat.

Amerika und die Angriffe auf seine Schuldenpolitik.

Neuyork, 29. Juli. Senator Owen wendet sich in einer erneuten Erklärung gegen die Angriffe auf die amerikanische Schuldenpolitik den europäischen Staaten gegenüber. Er betont, daß Amerika bei den Verhandlungen in Versailles keine Reparationsleistungen verlangt habe, wie es die Alliierten getan hätten. Sie hätten die am 4. November 1918 Deutschland gegebenen Versprechungen, durch die Deutschland zur Waffenstreckung veranlaßt worden sei, mit Füßen getreten. Der Versailler Vertrag machte die unglaubliche Gier der Führer der Alliierten offensichtlich. Gerade der Versailler Vertrag verhindere den Einzug eines neuen Vertrauens unter den Völkern Europas. Deutschland könne nicht an die Redlichkeit der Führer der ehemals feindlichen Staaten glauben. Amerika dürfte keine neuen europäischen Bündnisse wieder eingehen. Der Weltkrieg sei nicht ein amerikanischer Krieg gewesen, wie er ein englischer, französischer, italienischer oder russischer gewesen sei. Er habe die Welt nicht für die Demokratie reif gemacht. Am Schluß der Erklärung heißt es: „Der Weltkrieg ist durch eine Verschwörung russischer Imperialisten mit Unterstützung französischer und britischer Imperialisten entstanden."

Eine Konferenz für Revision des Dawesplanes?

London, 28. Juli. Die Londoner Abendblätter veröffentlichen in großer Aufmachung eine aus Paris stammende Meldung, nach der in internationalen Finanzkreisen angeregt worden sei, eine Internationale Schuldenkonferenz für Ende des Jahres einzubringen. An ihr sollen England, Frankreich, Italien, Amerika, Belgien und Deutschland teilnehmen. Auf der Konferenz soll vor allem eine Revision des Dawesplanes und der interalliierten Schuldenabkommen erörtert werden. Man wird dabei prüfen, wie die Frankenstabilisierung und die Ausgleichung des nächstjährigen englischen Budgets erleichtert werden können. Geprüft soll auch die Frage werden, ob es möglich ist, die deutschen Eisenbahnobligationen zu Gunsten der Schuldenzahlung der Alliierten an Amerika auf dem internationalen Markt unterzubringen. Die englischen Blätter beschränken sich lediglich auf die Wiedergabe dieser Meldung. Auch in politischen Kreisen Englands übt man in der Angelegenheit starke Zurückhaltung.

Der Temps über Deutschlands Abrüstung.

Paris, 29. Juli. Die vorgestrigen Erklärungen Lord Cecils über den Stand der deutschen Abrüstung rufen einen starken Widerspruch des Temps hervor. Das Blatt stellt fest, daß von einer Erfüllung der deutschen Verpflichtungen kaum die Rede sein könne, solange nicht die Forderungen der Botschafterkonferenz wegen des Oberkommandos und der Polizeibestände ausgeführt seien. Lord Cecil habe unrecht und Chamberlain habe recht, wenn er behaupte, daß Deutschland seine Verpflichtungen noch nicht vollständig erfüllt habe. Es könnte kein Zweifel darüber bestehen, so fährt das Blatt fort, daß die Erwägung der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund von größter Bedeutung sei, weil damit der Vertrag von Locarno endgültig in Kraft trete. Andererseits dürfe aber die Situation nicht verkannt werden. Es dürfe besonders nicht der Eindruck entstehen, daß Deutschland mit seinem Eintritt in den Völkerbund den Alliierten einen Gefallen erweise. Die Dinge lägen doch so, daß die Alliierten Deutschland entgegenkommen (!) und um seine Aufnahme in den Völkerbund zu ermöglichen, sich dazu verstanden hätten, den Aufnahmeparagraphen zum Gegenstand einer weitgehenden Interpretierung zu machen.

Der Parteitag der Wirtschaftspartei.

Anträge, Wünsche und Forderungen in der Schlußsitzung.

Der Parteitag der Wirtschaftspartei beschloß an seinem letzten Sitzungstage, den nächsten Parteitag in Hamburg abzuhalten. Annahme fand eine Reihe von Anträgen, die den zuständigen Parlamentsfraktionen zur weiteren Veranlassung und Durchführung zugeleitet werden. Nach diesen Anträgen sollen u. a. die öffentlichen Betriebe, wie Konsumvereine, Genossenschaften und ähnliche wirtschaftliche Unternehmungen, in keiner Weise den Privatbetrieben gegenüber

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF